

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus,
Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
z.Hd. Judith Porath
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam

Potsdam, 25. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam

lvbrb@fdp.de
0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Porath,

beiliegend übermittle ich Ihnen im Auftrag des Präsidiums der FDP Brandenburg die Antworten auf die von Ihnen eingereichten Wahlprüfsteine.

Bei Nachfragen oder sonstigen Anregungen zu den erteilten Antworten steht Ihnen das Team der Landesgeschäftsstelle der FDP Brandenburg jederzeit gern zur Verfügung. Wir freuen uns bereits auf Ihre Rückmeldung.
Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Eric Naundorf
Landesgeschäftsführer

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Frage 1

Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes

Diskriminierungsschutz braucht eine rechtliche Grundlage. Ein Landesantidiskriminierungsgesetz schützt Betroffene über den privatrechtlichen Rahmen hinaus und schafft Regelungen für die Bereiche Bildung und staatliches Handeln. Wird sich ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für die Erarbeitung und Verabschiedung einsetzen?

Antwort der FDP Brandenburg

In einem weltoffenen, toleranten Land, in dem Respekt und die Würde des Menschen im Mittelpunkt stehen, ist kein Platz für die Diskriminierung von Menschen. Diskriminierungen zu bekämpfen und gegen Diskriminierung vorzugehen, ist daher unser aller Aufgabe – das gilt insbesondere auch für die öffentliche Verwaltung. Gleichwohl konnte uns bislang nicht überzeugend dargelegt werden, weshalb es hier eines zusätzlichen Gesetzes bedarf.

Frage 2

Ausbau des flächendeckenden Beratungsangebots

Qualifizierte Antidiskriminierungsberatung braucht verstetigte Förderung sowie den Ausbau der bewährten Strukturen. Unter welchem Haushaltstitel werden Sie eine langfristige Förderung verankern und so gewährleisten, dass Betroffenen wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsstruktur zur Verfügung stehen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden die bestehenden Beratungsangebote evaluieren und bei Bedarf ausbauen und erweitern.

Frage 3

Flächendeckendes Angebot der Beratung für Betroffene rechter Gewalt

Rechte Gewaltstraftaten sind 2023 sprunghaft angestiegen. Welche konkreten Maßnahmen planen sie, um den Schutz von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt weiter zu verbessern und die vorhandene spezialisierte Opferberatung wohnortnah auszubauen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden die bestehenden Beratungsangebote evaluieren und bei Bedarf ausbauen und erweitern.

Frage 4

Wie beabsichtigt ihre Partei die Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung weiterzuentwickeln und welche Pläne haben Sie bezüglich ihrer institutionellen Anbindung, Mandat und Ausstattung mit eigenen Mitteln u.a. für Zuschüsse an freie Träger/soziale Einrichtungen, um antidiskriminierungspolitische Maßnahmen umsetzen zu können?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden die Arbeit der Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung evaluieren und bei Bedarf ausbauen und erweitern.

Frage 5

Stellenschaffung Landesopferbeauftragte/r

Als letztes Bundesland hat Brandenburg keinen Landesopferbeauftragten ernannt. Welche Schritte werden sie unternehmen, um die, bereits für die letzte Legislaturperiode, geplante Stelle einzurichten? Mit welchen Ressourcen, Kompetenzen und Befugnissen muss diese Stelle ihrer Meinung nach ausgestattet sein, um einen effektiven Opferschutz z.B. bei Großlagen.

Antwort der FDP Brandenburg

Wir stehen dem Beauftragtenwesen grundsätzlich kritisch gegenüber. Landesaufgaben sollten primär durch die Landesregierung oder nachgeordnete Behörden verwirklicht werden.

Frage 6

Für verschiedene Diskriminierungsmerkmale sind in der Vergangenheit einzelne Konzepte und Aktionspläne entwickelt worden. Wie werden Sie diese zu einem Antidiskriminierungskonzept weiterentwickeln, welches Diskriminierung als merkmalsübergreifendes Phänomen betrachtet und Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen zur Bekämpfung beschreibt? In wessen Zuständigkeit wird die Erarbeitung fallen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen die Erarbeitung eines ganzheitlichen Antidiskriminierungskonzepts für das Land Brandenburg. Wir sehen die Zuständigkeit im Ministerium der Justiz verortet.

Frage 7

Regelmäßig kommt es zu Diskriminierung im Kontakt mit staatlichen Stellen. Richtlinien für den Umgang mit Geschlechtervielfalt und regelmäßige Schulungen z.B. zu inkludierender Sprache können Verwaltungshandeln verbessern. Welche weiteren konkreten Maßnahmen und Angeboten planen sie in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen, damit staatliches Handeln diskriminierungssensibler wird?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen die professionelle Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, auch in Bezug auf diskriminierungssensibles Handeln.

Frage 8

Kinder und Jugendliche vor Diskriminierung schützen

Schüler:innen erfahren im Schulumfeld immer wieder Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen. Um Betroffene angemessen zu unterstützen, braucht es gesicherte Meldewege und betroffenenensensible Aufarbeitung. Wie werden Sie die Einführung eines verpflichtenden Beschwerdemanagements für Schulen und die Umsetzung von BbgSchulG § 64a sicherstellen?

Antwort der FDP Brandenburg

Schulen müssen Orte der Vielfalt sein. Politischem wie religiösem Extremismus müssen Schulleitungen, Bildungsministerium und Polizei daher entschlossen Einhalt gebieten. Neben der professionellen Aus- und Fortbildung bei Konfliktbewältigung und Deeskalation ist die Fürsorgepflicht des Staates dabei essenziell. Wir werden den Lehrkräften bei der schwierigen Aufgabe der Werte- und Demokratievermittlung engagierter den Rücken stärken, als dies bislang der Fall ist.

Frage 9

Gleichbehandlung und Partizipation für benachteiligte Gruppen

Menschen mit Behinderungen, Senior:innen, Frauen, trans* und nicht-binäre Personen, queere Menschen sowie Betroffenen von Diskriminierung wird der gleichberechtigte Zugang zum gesellschaftlichen Leben verwehrt. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie diese Praxis beenden und oben genannte Menschen unterstützen?

Antwort der FDP Brandenburg

Unser Ziel ist es, allen Menschen in Brandenburg eine umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Dies umfasst im Falle von Menschen mit Behinderungen beispielsweise die Schaffung einer barrierefreien Umgebung – vom öffentlichen Nahverkehr und Schienenverkehr bis hin zu öffentlichen Gebäuden und privaten Dienstleistern. Wir fördern moderne Konzepte der selbstbestimmten Inklusion, von Assistenzhunden über digitale und technische Hilfsmittel bis hin zu einfachen persönlichen Budgets, die staatliche Leistungen bündeln. Unser Bestreben ist es, Brandenburg zu einem Vorreiter in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu machen. Wir stehen darüber hinaus für einen liberalen Feminismus, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheit und Entfaltungsräume erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts an. Wir werden uns ebenso konsequent für die Gleichberechtigung queerer Menschen einsetzen. An dieser Stelle verweisen wir exemplarisch auf das Modul „Freiheit durch Emanzipation“ unseres Wahlprogramms (fdp-brandenburg.de/wahlprogramm).

Frage 10

Landesweite Demokratieförderung

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit. Werden Sie sich für die Aufstockung der Mittel und eine mehrjährige Projektförderung der Träger im Beratungsnetzwerk des TBB einsetzen? Wie stehen sie zu dem Vorschlag ein Landesdemokratiefördergesetz einzuführen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und setzen uns dafür ein, es programmatisch weiterzuentwickeln, um den Herausforderungen von heute effektiv begegnen zu können.

Ein sogenanntes „Demokratiefördergesetz“ lehnen wir jedoch entschieden ab. Wer meint, mithilfe eines Gesetzes bestimmte Nichtregierungsorganisationen dauerhaft staatlich finanzieren zu können, hat nicht den Schutz der Demokratie im Sinn, sondern eigene Machtpolitik.